

# Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2005

(GdP Landesbezirk NRW)

## Antworten der Freien Demokratischen Partei (FDP)

1. Wachsenden Aufgaben steht der Abbau von 1.500 Planstellen im Zeitraum von 1981 bis 2005 entgegen. Das Personalproblem wird noch dadurch verschärft, dass in den kommenden Jahren die Zahl der Pensionierungen die Zahl der Neueinstellungen überschreitet. Z. B. wurde im Jahr 2004 480 Neueinstellungen vorgenommen, im Jahr 2007 gehen aber 735 Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand. Diese Diskrepanz wird sich steigern, wenn in den darauffolgenden Jahren die Einstellungszahlen mit 480 gleich bleiben und die Zurruesetzungen bis auf 1.000 steigen.

*Sind Sie bereit, in den kommenden Jahren die Zahl der Neueinstellungen zumindest der Zahl der Zurruesetzungen anzupassen, damit wenigstens der heutige Personalbestand gehalten wird? Oder planen Sie, das fehlende Personal durch Angestellte im Polizeivollzugsdienst auszugleichen?*

### **FDP-Antwort:**

Nach dem angestrebten Wahlerfolg will die FDP, dann mit Verantwortung für das Innenministerium, die Polizei in NRW zur *besten* Polizei in Deutschland machen. Dazu laden wir *ausdrücklich* die Verbände ein. Denn: Sicherheit und Freiheit sind die zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb lautet die Botschaft für die Polizei und die Tarifbeschäftigten: „Weniger verwalten - mehr fahnden“. Das bedeutet konkret, dass verstärkt Polizeibeamte aus nichtpolizeilichen Aufgabenbereichen herausgelöst und durch Tarifbeschäftigte ersetzt werden. Das bedeutet gleichzeitig, dass für beide Seiten neue und attraktive Karrierechancen entstehen. Das bedeutet darüber hinaus, dass die FDP die Zahl der Neueinstellungen so anheben wird, dass sie die Zahl der Pensionierung mehr als ausgleichen.

2. Seit 2002 stellt die Polizei des Landes NRW Anwärter/innen nur noch für den gehobenen Polizeivollzugsdienst ein. Parallel dazu wurden in den letzten drei Jahren Strukturverbesserungen begonnen mit dem Ziel, bis zum Jahr 2015 den mittleren Dienst abgeschafft und die Durchschlüsselung gehobener Dienst vollzogen zu haben.

*Werden Sie sich nach der Landtagswahl für die Fortführung der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn einsetzen und die Fortsetzung der begonnenen Strukturverbesserungen für den Polizeidienst des Landes NRW forcieren?*

### **FDP-Antwort:**

Die FDP-Landtagsfraktion hat der Einführung der zweigeteilten Laufbahn *ausdrücklich* zugestimmt. Sie hätte nach dem Kienbaum-Gutachten schon Jahre früher kommen müssen. Mit der FDP in Regierungsverantwortung ist ein „Zurückdrehen“ nicht zu machen - auch nicht durch die Hintertür oder über den Umweg einer sogenannten „Wachpolizei“\*, die nach FDP-Auffassung nicht in das taktische Konzept der Polizei passt. Der mittlere Polizeidienst ist und bleibt ein Auslaufmodell.

)\* CDU-Konzept

3. Bereits im letzten Jahr wurden die Polizeibeamtinnen und -beamten - neben den allgemeinen Kürzungen im Beamtenbereich wie Streichung Urlaubsgeld, Kürzung der Sonderzuwendung und Verlängerung der Wochenarbeitszeit - zusätzlich mit einer

Verlängerung der Lebensarbeitszeit belastet. Dies trifft besonders unsere Kolleginnen und Kollegen im Wach- und Wechseldienst. Weitere Verschlechterungen unter dem Mantel der Reformvorhaben im öffentlichen Dienst, wie bei der Beamtenbesoldung und -versorgung sind geplant.

*Wie sehen Ihre Vorstellungen über die zukünftige Beamtenbesoldung und -versorgung, die Wochenarbeitszeit und Lebensarbeitszeit aus?*

### **FDP-Antwort:**

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit war einfalllos und sogar gegen die ursprüngliche Argumentation der Rot-Grünen-Landesregierung selbst gerichtet. Sie hatte nämlich in einem Petitionsverfahren, mit Hinweis auf die besonderen Belastungen des Polizeiberufs, den Antrag eines Polizeibeamten abgelehnt, über das 60. Lebensjahr hinaus Dienst verrichten zu wollen. Die FDP wird in Regierungsverantwortung und in Abstimmung mit den Verbänden Lebensarbeitszeitkonten einführen. Wer sich z.B. für den besonders belastenden Wach- und Wechseldienst entscheidet, muss für jedes Jahr eine Gutschrift erhalten, so dass er am Ende seiner beruflichen Laufbahn früher in den Ruhestand treten kann. Ob das pro Jahr z.B. ein oder zwei Monate sind, werden wir in enger Abstimmung mit den Verbänden prüfen.

Die FDP ist ausdrücklich für den prüfungsfreien Aufstieg für bewährte Führungskräfte von A 13 gD nach A 13 hD, so z.B. für die Leitungsfunktion „PI-Leiter“. Damit werden herausragende dienstliche Leistungen endlich tatsächlich und angemessen gewichtet. Die FDP will damit erreichen, dass sich z.B. diese Spitzenbeamten mit ihrem Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereich wirklich identifizieren. Das jetzige ‚Verwendungskarussell‘ für die jüngeren Räte/Oberräte, Versetzung nach 1-2 Jahren, war und ist völlig kontraproduktiv.

Die FDP strebt an, dass Sonderzuwendungen zu festen Gehaltsbestandteilen umgewandelt werden, so dass sie politischen Entscheidungen „nach Kassenlage“ dauerhaft entzogen sind. Das gilt auch und vor allem für die Pensionszahlungen: Die FDP-Landtagsfraktion hat mit ihrem Plenarantrag die Landesregierung aufgefordert, eine *selbst verwaltete* und *nicht rückholbare* Pensionskasse einzuführen. Die Rot-Grüne Landesregierung hat das seinerzeit abgelehnt. Es führt aber kein Weg daran vorbei. Einerseits, um das verlorene Vertrauen zurück zu gewinnen, andererseits zwingen die Pensionsleistungen des Landes NRW dazu: Sie werden sich in den nächsten 15 Jahren verdoppeln - von 4 auf 8 Milliarden Euro und damit über 15 Prozent des Landeshaushaltes ausmachen. Aus den Erträgen dieser Pensionskasse werden Polizeibeamte am Ende ihrer Laufbahn ihre beim Eintritt garantierte Pension erhalten.

Mit einem *Bündel* von Maßnahmen und neuer politischer Prioritätensetzung u.a.. ‚*Pro Innere Sicherheit als Standortfaktor*‘ will die FDP die Wirtschaftskraft des Landes ankurbeln. Sie will letztlich so auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage gerettet werden kann. Zum Maßnahmenbündel zählen z.B. die Entbürokratisierung auf breiter Front, nur noch Gesetze mit Verfallsdatum, eine arbeitsplatzunterstützende (!) Genehmigungspraxis mit kürzesten Bearbeitungszeiten, also weg von einem verbotsorientierten, hin zu einem vernunftsorientierten Umweltschutz.

4. Seit dem Tarifabschluss für die Tarifbeschäftigten beim Bund und den Kommunen warten die Tarifbeschäftigten des Landes NRW darauf, dass die auf Bundes- und Kommunalebene vereinbarten Tarifergebnisse vom Land NRW übernommen werden. Aus Sicht der GdP ist die Argumentation der Landesregierung, eine Übernahme des Tarifergebnisses sei nicht finanzierbar, nicht haltbar, angesichts der finanziell äußerst schwierigen Situation der Kommunen in NRW.

*Werden Sie im öffentlichen Dienst die Tarifeinheit wieder dadurch herstellen, indem Sie für die Tarifbeschäftigten des Landes NRW den TVöD übernehmen?*

## **FDP-Antwort:**

Die Tarifbeschäftigten in der Polizei sind die zentrale Stütze im „Backoffice“ und nicht das ‚fünfte‘ Rad am Wagen. Im Gegenteil, ihre Bedeutung für die Entlastung des eigentlichen Polizeidienstes wird noch zunehmen müssen. Siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 1. Die Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich bewährt. Sie muss wieder hergestellt werden. Längst überfällig ist es, dass die auf der Bundes- und Kommunalebene vereinbarten Tarifergebnisse vom Land NRW übernommen werden.

5. Seit Januar 2005 liegt der Bericht der sogenannten „Scheu-Kommission“ zur Neuordnung der Polizei des Landes NRW vor.

*Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Kommission und wie sieht Ihr Weg für die Polizei in das 21. Jahrhundert aus?*

## **FDP-Antwort:**

Mit ihrem Plenarantrag vom September 2003 hat die FDP-Landtagsfraktion eine Polizeistrukturereform vorgeschlagen, die zunächst von Rot-Grün abgelehnt wurde aber durch den Vorschlag der ‚Scheukommission‘ in fast allen wesentlichen Bestandteilen 1 ½ Jahre später von Rot-Grün unterstützt wird:

1. Bündelung des Verwaltungsaufwandes durch weniger Kreispolizeibehörden; die FDP schlägt 18 vor, wobei kein neues ‚Regionalpräsidium‘ mehr als 1 Millionen Einwohner zu betreuen hat -  $\pm 10-20\%$ . Die Kreispolizeibehörden ‚alt‘ werden zu Polizeidirektionen ‚neu‘ und bleiben bis auf VL und die Einsatzleitstellen in den Grenzen ihrer Gebietskörperschaften so erhalten. Scheu schlägt 16 oder 14 Behörden vor. Dabei sollen die neuen PP Dortmund und Köln über 1,5 Millionen Einwohner betreuen - das lehnt die FDP ab.
2. Zweistufiger Aufbau unter Verzicht auf die Ebene der Bezirksregierungen; die Autobahnpolizei wird als Dezernat in den Regionalpräsidien geführt. Ihre Zuständigkeitsbereiche im Primärnetz bleiben weitgehend erhalten.
3. Der Polizeipersonalrat alter Art wird durch ‚Prävention/Ordnungspartnerschaften‘ als öffentlicher Beratungsteil deutlich aufgewertet und die kommunale Kompetenz mehr als erhalten. Geborene Mitglieder werden Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte. Scheu geht noch ein Stück weiter, indem er die Vorsitzenden der Bezirksvertretungen ebenfalls als geborene Mitglieder des Polizeibeirates benennt. Das ist vernünftig und wird von der FDP übernommen.
4. Die Personalräte der Kreispolizeibehörden ‚alt‘ bleiben als ‚Direktions-Personalräte‘ erhalten. Die neue Ebene ‚Regionalpräsidium‘ erhält einen neuen Personalrat. Die Zuständigkeiten beider Mitbestimmungsgremien muss in enger Abstimmung mit den Verbänden erarbeitet werden. Angedacht ist, dass der Personalrat des ‚Regionalpräsidiums‘ ab A 12 zuständig sein wird.

Diese Reform führt zu einer qualitativ besseren Polizei und zu Polizeibehörden, die alle polizeilich Aufgaben wahrnehmen können. Sie ist aufgaben- und nicht mehr verwaltungsorientiert, mit klarer Trennung von Stabs- und Linienfunktionen. Nur für den Bereich von z.B. Geiselnahme wird es eine besondere Zuständigkeit geben. Ob das noch 6 Behörden sein müssen, wird die FDP in enger Abstimmung mit den Verbänden prüfen.

Diese Reform stärkt den Dienst in den Kommissariaten, Hauptwachen, Wachen und im Bezirksdienst. Die Standorte dieser Organisationseinheiten bleiben erhalten (!). Ein „Rückzug“ aus dem ländlichen Raum gibt es mit der FDP nicht. Die Bürgernähe bleibt und steht nicht zur Disposition. Das Schließen von Wachen wird beendet.

Auf Autobahnen gibt es keine leeren Streifenwagen mehr, die dort den Verkehr „beobachten“. Gebündelt werden ergänzend die Einsatzleitstellen - dann digital und rechnergestützt in den neuen Regionalpräsidien.